

## Saftladen

Mit regionaler Herkunft kann man gutes Geld verdienen. Vielen Kunden ist es in einer globalisierten Welt wichtig, die Produzenten vor Ort zu unterstützen. Auf diesem Prinzip basiert der Erfolg der Streuobstinitiative. Wer deren Saft kauft, der hilft trinkend die uralte Kulturlandschaft des Kraichgaus zu erhalten, der sorgt für Naturschutz und für faire Preise für die Erzeuger. Dieses gute Gewissen lässt

## Kommentar

man sich einiges kosten. Umso bitterer, wenn dieses Vertrauen enttäuscht wird. Der „Karlsruher Apfelsaft“ hat in den vergangenen Jahren keinen einzigen Karlsruher Apfel gesehen.

Das ist, genau wie es die Streuobstinitiative anprangert: Etikettenschwindel. Die Firma Schlör ging durch schwere Zeiten, das mag den Fehler erklären. Ganz sicher aber ist, dass gerade ein Bio-Anbieter, der sich Regionalität so auf die Fahnen schreibt und nach der Insolvenz auch noch mit besonders hochwertigen Produkten reüssieren will, nicht so fahrlässig mit diesem Herkunftslabel umgehen darf. Das ist der Sündenfall in einem echten Saftladen. Christina Zäpfel



DIE STREUOBSTINITIATIVE mit Sitz in Bruchsal bezieht ihre Äpfel aus dem gesamten Karlsruher Landkreis. In der Kelterei Zumbach in Kraichtal wird der Bio-Saft produziert. Archivfoto: Aläbisio

## Hintergrund

### Streuobstinitiative

Die Streuobstinitiative im Stadt- und Landkreis Karlsruhe fördert seit 1996 in der Region den Erhalt artenreicher Streuobstwiesen. Gut 280 Besitzer oder Pächter von Streuobstwiesen haben derzeit mit der Initiative einen Vertrag über die Anlieferung von Mostobst.

Auf einer Gesamtfläche von 169 Hektar betreiben diese Streuobstbau auf traditionelle Art. Auch die Ernte sämtlicher städtische Karlsruher Streuobstwiesen wird von der Initiative aufgekauft und verasft.

Die Kelterei Zumbach in Kraichtal produziert bis zu 300 000 Liter Apfelsaft und 40 000 Liter Birnensaft für die Initiative. Gewinne aus dem Verkauf werden wieder in Naturschutz investiert, so wirbt der Verein. Der Bio-Saft wird unter der Marke „Äpfel“ oder „Birne“ in vielen regionalen Verkaufsstellen im Landkreis vertrieben.

Das Aufpreismodell bedeutet, dass zum doppelten Betrag als marktüblich Äpfel und Birnen aufgekauft werden. Die Bedingung: Das Obst stammt von Streuobstwiesen aus dem Stadt- und Landkreis, die nach festgelegten Kriterien naturschutzgemäß bewirtschaftet werden. cz

## Ehre für Schnatterbeck

Bruchsal (i-te). Das Verdienstabzeichen des Städtetags Baden-Württemberg in Gold wurde ihm im Gemeinderat zuteil: Werner Schnatterbeck, Erziehungswissenschaftler und KIT-Honorarprofessor (Foto: pr), nahm es für 30-jähriges, kommunalpolitisches Engagement dankbar an. Da er für die Weiterentwicklung der Stadt stets mit ganzer Kraft tätig sei, habe seine Rückkehr 2014 das Gremium besonders erfreut, so Oberbürgermeisterin Cornelia Petzold-Schick. Bei seiner Ernennung zum Präsidenten des Oberschulamts Karlsruhe 2002 war er auf eigenen Wunsch aus dem Rat ausgeschieden. Seit seiner Wiederwahl 2014 gehört er für die CDU dem Stadtrat an. Von seinen Fähigkeiten habe man laut OB stets profitiert – ob prädestiniert als Ansprechpartner für Bildungspolitik, ob dank Kulturraffinität oder als Mann, der sachorientiert Brücken schlage sowie im Einsatz fürs Jugendherbergswerk. 2016 wurde ihm für letzteres das Bundesverdienstkreuz verliehen. Schnatterbeck schloss, er setze sich weiter für respektvollen Umgang im Sinne guter politischer Kultur ein.



W. Schnatterbeck

Von unserem Redaktionsmitglied Christina Zäpfel

**Bruchsal/Karlsruhe.** „Das ist doch Etikettenschwindel.“ Jürgen Schmitt ist sauer. Der Kassierer der Streuobstinitiative des Land- und Stadtkreises Karlsruhe mit Sitz in Bruchsal erhebt schwere Vorwürfe. Im sogenannten „Karlsruher Apfelsaft“ der Schlör Bodensee Fruchtsaft GmbH sei kein einziger Karlsruher Apfel drin, ist sich Schmitt sicher. Schmitt, der Bruchsaler Stadtrat, muss es wissen: Schließlich kauft seine Streuobstinitiative seit 2014 sämtliche Äpfel von städtischen Karlsruher Streuobstwiesen auf und macht sie zu Saft. Dieser Saft wird unter der Marke „Äpfel“ vertrieben. Auf gut Deutsch: Im „Äpfel“-Saft sind die Karlsruher Äpfel – im sogenannten Karlsruher Saft ist nichts drin.

Die derart angeprangerte Firma Schlör aus Radolfzell räumt auf Nachfrage der BNN ein: „Das stimmt. In unserem Karlsruher Apfelsaft sind keine Karlsruher Äpfel enthalten“, erklärt Geschäftsführer Klaus Widemann unumwunden. Der Mann gibt sich zerknirscht. „Das ist für uns ein Fiasko. Wir wollen die Konsumenten nicht täuschen.“ Als Bio-Anbieter sei man gerade auf das Vertrauen der Kunden beson-

ders angewiesen. Die Streuobstinitiative wiederum fürchtet einen eigenen wirtschaftlichen Schaden. „Schlör konkurriert natürlich mit uns“, erklärt Schmitt. Kunden, die gezielt regional und bio einkaufen wollten, griffen bisher gerne zum Karlsruher Apfelsaft. Wer den aber trinken wollte, müsste eigentlich zu „Äpfel“ greifen. Zumal mit dem Kauf von „Äpfel“-Saft regionale Naturschutzprojekte unterstützt werden, betont Schmitt. Jeder Cent, der der

### Kelterei vom Bodensee räumt Versäumnis ein

Streuobstinitiative entgeht, entgehe damit dem Naturschutz im Landkreis.

Auch bei der Verbraucherzentrale Stuttgart ist man alarmiert. „Wir werden den Vorgang juristisch prüfen“, erklärt Christiane Manthey. Der Verbraucher müsse sich gerade im Bio-Sektor auf die Angaben verlassen können. Wenn die Marke nicht geschützt sei, „dann ist das auf alle Fälle irreführend“, so Manthey. Die Verbraucherzentrale behalte sich vor, auf Unterlassung zu klagen. Was ist denn nun drin? Im „Karlsruher Apfelsaft“ sind derzeit definitiv keine Äpfel aus Karlsruhe“, so Wi-

demann. Auch keine vom Bodensee. Man beziehe Äpfel von Wiesen aus ganz Baden-Württemberg. „Am liebsten wäre es mir, in Zukunft wieder die Karlsruher Äpfel zu verasften“, erklärt Widemann. Wenn das nicht möglich sei wolle Schlör sich so schnell wie möglich von dem Label verabschieden.

Diese Nachricht könnte im Karlsruher Rathaus wiederum freudig aufgenommen werden. Bisher hat sich die Stadt vergebens mit Schlör auseinandergesetzt. Denn auch dort hat man mit der Benutzung des Labels und mit der offensiven Werbung des Karlsruher Stadtschildes Bauchschmerzen. Schon seit dem Jahr 2012 gibt es keine Zusammenarbeit mehr mit Schlör. „Die weitere Verwendung des Etiketts wurde von der Firma nicht mit uns abgestimmt. Wir haben der Firma mitgeteilt, dass die Verwendung nicht in unserem Interesse ist. Da wir uns unter anderem die Möglichkeit offen halten wollen, das Etikett künftig selbst noch einmal zu verwenden, prüfen wir derzeit hausintern, ob das Etikett markenrechtlich geschützt ist“, heißt es aus dem Karlsruher Rathaus. Widemann räumt ein: Nachdem Schlör 2015 insolvent gegangen war und von der Widemann Bodensee-Kelterei aus Bermatingen übernommen wurde, habe man das Produkt „Karlsruher Ap-



KEIN EINZIGER Karlsruher Apfel ist in diesem Saft erhalten. Foto: str

felsaft“ quasi geerbt. In diesen wirtschaftlichen Wirren, so versucht Widemann zu erklären, sei das Thema untergegangen. Jetzt sei man aber willens, wieder „sauber, treu und redlich“ zu handeln. ■ Kommentar

## Penny soll Kronau 450 Arbeitsplätze bringen

Gemeinderat stimmt zu: Discounter darf Südwest-Zentrale bauen / Größter Arbeitgeber der Gemeinde

**Kronau (str/fsch/ih).** Der Kronauer Gemeinderat hat in seiner jüngsten Sitzung einstimmig die Ansiedlung eines großen Standorts der Rewe-Group gebilligt. Konkret geht es um ein Zentrallager der Discount-Tochter Penny, das an der Autobahn 5 auf Kronauer Gemarkung entstehen soll. Bis zu 450 Arbeitsplätze sollen dort nach Angaben der Gemeindeverwaltung entstehen – es wäre der mit Abstand größte Arbeitgeber in der 5 600-Einwohner-Gemeinde. Das Investitionsvolumen wird mit 60 Millionen Euro angegeben. Das bisherige Penny-Zentrallager im rund zehn Kilometer entfernten Wiesloch soll künftig offenbar andersweitig genutzt werden.

Der Ratsbeschluss entspreche dem Ergebnis der beiden Bürgerversammlungen, die zuvor unter großem Interesse der Kronauer stattgefunden haben, sagte ein Gemeindevorsteher gestern gegenüber der Bruchsaler Rundschau.

Wie die erste Bürgerversammlung (die BNN berichteten) war auch die zweite Versammlung vergangenen Donnerstag mit rund 300 Bürgern gut besucht. Bürgermeister Frank Burkard machte dabei deutlich, dass sowohl die Gemeindeverwaltung, als auch die Rewe-Group die Bedenken und Anregungen der Bürger, die auf der Versammlung im März artikuliert wurden, ernst genommen hatte. Dies wurde in mehreren Diskussionsbeiträgen gelobt. Kern der neuen Überlegungen ist eine Verlegung des Großteils der Gewerbegebiets-Erweiterungsfläche an die Autobahn, ge-



ATTRAKTIVE LAGE: Auf einem Areal in unmittelbarer Nähe zur Autobahnauffahrt will die Rewe-Gruppe bauen. Im Hintergrund die Tankstelle an der L 555. Foto: fsch

genüber der Tank und Rastanlage. Außerdem soll dort anstatt dem geplanten Rewe Obst- und Gemüselager, die Südwest-Zentrale des zur Rewe Group gehörenden Discounters Penny künftig ihre Zelte in Kronau aufschlagen. Jürgen Machmeier vom Projektentwickler Inwo, der auch das Bruchsaler Saalbachcenter realisiert hatte, erläuterte die Einzelheiten der geplanten Ansiedlung. Seine Kernbotschaft war, dass die neuen Überlegungen mit 450 Arbeitsplätzen, darunter „zahlreiche hoch qualifizierte Verwaltungsarbeitsplät-

ze“, der Gemeinde Kronau einen noch größeren Mehrwert bringen, als das Obst- und Gemüselager, das rund 350 Menschen beschäftigt hätte. Außerdem gäbe es erheblich weniger Lastkraftwagen mit Kühlaggregaten. Ein Umstand, der bei der ersten Bürgerversammlung noch kritisiert worden war. Aufgrund der Nähe zur Autobahn und einer Direktanbindung über den östlichen Kreisverkehr sei mit zusätzlichem Schwerlastverkehr nicht zu rechnen, so Machmeier. Dennoch gab es Kritik. Hatte doch Rewe um etwas

mehr Gewerbeland als im alten Projektgebiet gebeten. Der Flächenverbrauch sei zu hoch, fanden verschiedene Versammlungsteilnehmer. Bürgermeister Burkard machte darauf hin deutlich, dass es sich um zusätzliche Gewerbefläche handelt, sondern im Gegenzug der größte Teil der bisherigen Heidig-Erweiterungsfläche nach der Änderung des Flächennutzungsplans keine Gewerbefläche mehr sei. Lediglich die sogenannte kleine Erweiterung zum Eigenbedarf bliebe enthalten. Aber selbst diese dürfte längst nicht sofort gebraucht werden, denn die entsprechenden Anfragen seien eher rar, wie ein weiterer Diskutant feststellte. Im Verlaufe der Debatte meldeten sich zahlreiche Befürworter des Projekts zu Wort. Gegen Ende meldeten sich nochmals Kritiker und forderten einen Bürgerentscheid. „Das Verfahren der Bürgerversammlungen ist bewusst gewählt, um sich im direkten Dialog zu begegnen“, erläuterte Burkard den Hintergrund der Vorgehensweise. Weder im Gemeinderat noch auf der ersten Versammlung habe es Einwände gegeben. Geäußerte Anregungen seien aufgenommen und umgesetzt worden, wie der jetzige Flächentausch an die Autobahn belege.

Nach dem positiven Votum des Gemeinderates am Dienstagabend geht es in die konkrete Planung: Ein Bebauungs- und Flächennutzungsverfahren wird eingeleitet. Laut Hauptamtsleiter Armin Einsele sei mit dem Baubeginn im kommenden Frühjahr zu rechnen.

## Radlerin kollidiert mit parkendem Auto

**Kraichtal-Unteröwisheim (BNN).** Eine 15-jährige Radfahrerin ist bei einem Verkehrsunfall in Unteröwisheim schwer verletzt worden. Laut Polizeimitteilung von gestern kam es zu dem Unfall am Dienstagnachmittag gegen 16 Uhr in der Südenstraße in Unteröwisheim.

Die junge Radfahrerin fuhr mit ihrem Rad die leicht abschüssige Südenstraße abwärts und kollidierte vermutlich aus Unachtsamkeit mit einem geparkten Kleinwagen. Durch den Zusammenstoß stürzte sie zu Boden und verletzte sich dabei schwer. Die Radfahrerin wurde mit einem Rettungsdienst in ein Krankenhaus eingeliefert.

## Schulbezirke im Waghäuseler Rat

**Waghäusel (klu).** Die von der Stadtverwaltung vorgeschlagene Änderung der Schulbezirke steht bei der Sitzung des Waghäuseler Gemeinderats am kommenden Montag, 3. Juli, um 19 Uhr im Rathaussaal ebenso auf der Tagesordnung wie auf Antrag der CDU-Fraktion eine Ausweitung der Kernzeit- und Ferienbetreuungsangebote.

Thematisiert wird der Bau eines Kreisverkehrsplatzes auf der Landesstraße L 556 beim Globus sowie die Auftragsvergabe für die Erneuerung des dritten Bauabschnitts der Stefanstraße in Wiesental.

Für diese Maßnahme soll der entsprechenden Verwaltungsvorlage zufolge zum Ausbau der Breitbandversorgung auch eine überplanmäßige Ausgabe genehmigt werden.